

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

Aus den Tannen

Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Wojungpreis: 40 Golsenmige. Die Einzelnummer kostet 10 Golsenmige. Bei Nicht- Auslieferung preis: Die einseitige Seite oder deren Raum 12 Golsenmige, die Reklamseite 35 Golsenmige. Die Zeitung tritt in jeder Woche oder Betriebsführung besteht kein Anspruch auf Lieferung. Zahl ist innerhalb 8 Tagen. — Für telegraphisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 38

Altensteig, Samstag den 14. Februar.

Jahrgang 1925

Zur Lage.

Diese Woche mit ihren frühlingmäßig milden Tagen voll Sonne schließt mit einer ersten Trauerbotschaft für das deutsche Volk. Auf dem Schlachtfeld der Arbeit hat sich das schwere Unglück ereignet und ist deshalb umso ernster zu nehmen. Schlagwetter und vermutlich Kohlenstaubexplosion haben in einem Schacht vor den Toren Dortmunds den Tod gebracht, der rund 130 Bergleute aus dem Leben rief. Ob menschliche Schuld oder Versäumnisse dabei eine Rolle spielten, wird die Untersuchung zeigen. Entsetzte Elemente vermag Menschengott und Menschenwert selten zu bannen. Die menschliche Ohnmacht gegenüber solchen Ereignissen tief unter der Erde hat sich bei allen derartigen Katastrophen entkult. Trauer und Beileid empfindet das deutsche Volk mit den Berunglückten und deren Hinterbliebenen, aber es muß sich ein Unglück auch jene sittlichen Kräfte wahrnehmen, die zu den tröstenden Worten die hilfreiche Tat stellen. Nicht zuletzt auch religiöse Gedanken!

Das politische Ereignis dieser Woche bildete aber die Kanzlerreise an den Rhein und durch die süddeutschen Länder. Wir haben solche Kanzlerbesuche in den letzten fünf Jahren des öfteren erlebt. Diesmal bestand ein besonderes Bedürfnis dafür, daß der neue Reichskanzler mit den Länderregierungen in Fühlung trat, hat er doch ein Kabinett um sich, dessen Zusammensetzung wesentlich von der bisherigen Zentralgewalt in Berlin abweicht. Die Einbeziehung der Deutschen Nationalen in die Reichsregierung und die Vertrauensstellung mit dem Amt des höchsten Reichsbeamten als eines über den Parteien stehenden Politikers von Ruf und leitender Gewandtheit rechtfertigte diese Reise. Sie brachte den Kontakt zwischen Reich und Ländern und darüber hinaus das politische Ereignis.

Die prächtige Rede des Reichskanzlers in Köln war nicht nur für die Bewohner der besetzten Gebiete berechnet, sie sollte hinüber über den Rhein nach Paris und London dringen und das Ziel jeder deutschen Politik mit aller Schärfe und Deutlichkeit zum Ausdruck bringen. „Rheinlands Schicksal ist Deutschlands Schicksal, rheinische Freiheit ist deutsche Freiheit!“ Das war das Leitmotiv Dr. Luthers und der würdige Einspruch, der sich gegen die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone durch die Verbandsmächte anschloß, vertiefte diese Wirkung nach außen und innen. Das Rheinland darf nicht Reparationsprovinz werden! Bis zur Stunde haben die Alliierten der Reichsregierung die Gründe für ihren Vertragsbruch nicht mitgeteilt und nochmals stellt deshalb der Reichskanzler die Frage: „Ist der Herr französische Ministerpräsident entschlossen, die nördliche Rheinlandzone sofort zu räumen, nachdem die Befestigung der Deutschland etwa nachgewiesenen Verstöße in der Abklärung sichergestellt ist?“ Wie ein Stich ins Wespennest müßte diese vor aller Welt berechnete Anfrage in Paris wirken, aber man ist dort taub geworden und moralisch unfähig, zu entscheiden, was Recht und Gerechtigkeit ist. Mit eindeutigen Worten griff Dr. Luther in die politische Frage dieser Tage, die draußen zwischen Paris und London strupplos auf Kosten Deutschlands ausgetragen wird, in die Frage der Sicherheit Frankreichs. Denn in dieser liegt ja die Verbürgung für all das, was Frankreich mit absoluter Schläue und brutalster Ignoranz an politischen und militärischen Zielen zu verbergen hat. Das bewaffnete Frankreich fürchtet um seine Sicherheit vor dem entwaffneten und ohnmächtigen Deutschland. Wenn es nicht Wirklichkeit wäre und bittere Tatsache, die das deutsche Volk mit Lasten und Leiden zu tragen hat, wäre man geneigt, an einen Fastnachtstanz in der Weltpolitik zu glauben. Aber es ist bitter ernst und der deutsche Reichskanzler hat erneut die Bereitschaft erklärt, an der Lösung dieser Sicherheitsfrage positiv mitzuarbeiten. Aber ebenso deutlich hat er den letzten französischen Versuch zurückgewiesen, diese Frage mit andern ungelösten Problemen zu verknüpfen. Im besonderen wies er zurück, daß man die Räumung des Rheinlandes von dem Abschluß eines Sicherheitspakt abhängig macht, schon deshalb, weil dies mit dem Versailler Vertrag in Widerspruch stünde. So wird die Kölner Frage in Wirklichkeit zu einer deutschen Frage. Rheinlands Schicksal wird Deutschlands Schicksal!

In Paris hat man diese Formel in der Öffentlichkeit nicht durchweg gebilligt, aus London dagegen kam halbamtlich die Mitteilung, daß man des Reichskanzlers Standpunkt billige, was natürlich nicht ausschließt, daß man hinterher mit Frankreich paktiert, wie es dieser Tage im Völkerbund, in dessen Militärkommission zu Genf, über die aufstrebende Aussöhnung Deutschlands in Erscheinung

trat. Auch in Karlsruhe hat der Reichskanzler die Sicherheitsfrage behandelt, klar erkennend, daß es sich dabei weniger um eine Sicherung der westlichen deutschen Nachbarn handelt, als um eine Sicherung Deutschlands selbst. Ein dauernder Sicherheitsvertrag kann nicht durch militärische Bündnisse der Alliierten erreicht werden, sondern nur unter Mitwirkung Deutschlands.

Was bei den Reden des Reichskanzlers in München, wo er dem Eigenleben der Länder sein Recht zusagte, und in Stuttgart besonders angenehm berührte, war der Gesichtspunkt sachlicher Arbeit, der Wunsch, daß der politische Kampf nicht die menschlichen und gesellschaftlichen Beziehungen störe, daß seine Mehrheitsregierung nicht bedeute, daß die Opposition ausgeschaltet werde, daß vielmehr ihre Mitwirkung bei allen entscheidenden Fragen einen wesentlichen Teil der Grundlagen seines Kabinetts bilde. Viel Wind ist dadurch der Linksoption aus den Segeln genommen worden. Auch die Frage der Berufsstände und die Bedeutung der einzelnen Zweige der Wirtschaft fand im Rahmen der Besprechungen eine Erwähnung, die befriedigen kann. Daß der Kanzler mitten von seiner Reise an den Ort des Dortmunder Unglücks gefahren ist, ehrt ihn selbst. Nicht nur menschliches Empfinden, auch Amtspflicht haben ihn zu dieser Reise nach Dortmund bestimmt.

Ueber all diesem politischen Reden, das mit Deutlichkeit auf den bedeutungsvollen Abschnitt deutscher Geschichte hinwies, in den wir hineinschreiten, steht die Reinigung der Atmosphäre aus den letzten Jahren. In großen öffentlichen Prozessen, die zum Teil noch bevorstehen, wird Klarheit werden, wie jähwer sich politisch führende Persönlichkeiten an ihrer Aufgabe, an ihren Parteiprogrammen und am deutschen Straßengedächtnis verhalten. Es ist bitter, daß gerade die Parteien besonders betroffen sind, die die Zustände der Republik in höchsten Tönen priesen, die Bestehende an Verantwortungsgesühl im hohen Maße den Parteien des früheren Regimes vorwarfen. Zweifellos ist die sozialdemokratische Partei, wie aus dem Untersuchungsausschuß des preussischen Landtags deutlich hervorgeht, am stärksten belastet. Den früheren Reichskanzler Bauer hat die Partei bereits von ihren Hochsätzen geschüttelt. Aber auch noch andere Parteigrößen sind ernstlich bedroht. Welche Rolle Herr Heilmann in der großen Affaire Barmat spielt, wird immer deutlicher erkennbar. Die Reinlichkeit hat ein bedeutendes Mitglied der Sozialdemokratie, den Staatssekretär a. D. August Müller zum Verlassen der Parteiorganisation getrieben. Lange hat das Zentrum zugewartet, zuletzt aber doch den Reichspostminister a. D. Höfle abgeschüttelt und ihn zur Niederlegung seines Mandates zum Reichstag gezwungen. Und schon hat ihn der Staatsanwalt in Untersuchungshaft gesteckt. Auch Lange-Hegermann erscheint erheblich belastet. Es handelt sich dabei um die Kreditgewährung, während es bei der Sozialdemokratie um erhebliche Kugeln von dem Barmatstieber geht. Hat doch die rote Partei alle zu den letzten Wahlen allein einen Zuschuß von 50 000 Rentenmark erhalten! Es ist wohl richtig, daß es fast zu allen Zeiten der Geschichte derartige Finanzskandale gab. Aber in diesem Ausmaß sind sie bisher Deutschland fremd geblieben. Wie weit die Sache sich noch ausbreiten wird, dürfen die nächsten Wochen lehren.

Ebensoviel Staub wirbelt der Himmelsbachprozess auf, bei dem der Nachweis erbracht werden soll, daß deutsche Holzfirmen den Franzosen bei der Ausplünderung der Wälder der Pfalz erhebliche Hilfsdienste durch den Abschluß von Geheimverträgen leisteten. Nicht weniger Schmutz lagert über dem Tischprozess in Leipzig, bei dem gefährlichen Ziele der kommunistischen Partei soll klar legen dürfte.

Die Reinigung der deutschen inneren Atmosphäre wird noch manche Monate beanspruchen, aber es ist notwendig, daß wieder Ordnung und Autorität und Treue einkehrt, wenn von Wiederaufbau überhaupt gesprochen werden kann.

Die Krise in der preussischen Regierungsbildung ist noch nicht zu Ende. Der zum Ministerpräsidenten gewählte frühere Reichskanzler Marx bemüht sich, nach seinen alten Ideen, von der Volksgemeinschaft auf breiterer Grundlage eine Regierung zu bilden. Im Reich ist es ihm seinerzeit nicht gelungen. Daß er in Preußen mehr Glück haben sollte, die Parteien unter einen Hut zu bringen, bleibt höchst zweifelhaft.

Die kommende Woche bringt uns ziemlich sicher den Kontrollbericht der verbändertischen Kommissionen in Deutschland und ein Aufleben der eigenpolitischen Fragen. Man darf sich in Deutschland dabei auf die bei Überraschungen

Die Barmat-Affäre

Am 11. Verhandlungstag wird zunächst der frühere Staatssekretär Dr. Meyer vernommen, der sich darüber äußern soll, weshalb die Industrie- und Handelskammer das abfällige Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen Behr so ungünstig beurteilt habe. Darauf wird Ministerialdirektor Rappke vom Auswärtigen Amt über die Beziehungen des Auswärtigen Amtes zu den Gebrüder Barmat vernommen. Er erklärt, daß er im Januar 1921 einen Brief des Reichskanzlers a. D. Bauer erhalten habe, in dem dieser um Erleichterungen der Durchreise für die Familie Barmat bat. Legationsrat v. Pannwitz, der vom Jahre 1917 bis 1919 als Legationsrat der Gesandtschaft in Haag zugeteilt war, erst als Volkshewiß bekannt wurde, der sich bemühte, mit Trocki in Verbindung zu kommen. Barmat habe Trocki vorgeschlagen, er werde in Holland ein Hilfskomitee gründen und wäre unter bestimmten Voraussetzungen bereit, dem Hilfskomitee einen Betrag von 150 000 Goldmark zur Verfügung zu stellen. Dann sei Barmat zu gewissen Kreisen der holländischen Sozialdemokratie gelangt. In einem ausführlichen Brief hat der Gesandte v. Rosen über Barmat gesagt, er sei ein russischer Jude und sowohl in politischer, wie in finanzieller Beziehung ein skrupelloser Mensch. Später sei dann Barmat bei Unterstaatssekretär Seher erschienen. Nach einiger Zeit gelangte ein Brief des Unterstaatssekretärs an den Gesandten v. Rosen, in dem Seher schrieb, daß zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und Barmat intime Beziehungen beständen. Auf diesen Brief hin erteilte die Gesandtschaft den Sichtvermerk.

In der Nachmittagsverhandlung wird Polizeipräsident Richter auf seinen Wunsch nochmals vernommen. Er erklärt, daß besonders auf dem Gebiet des Bankwesens in Berlin unerhörte Zustände bestanden. Auf Grund einer Verordnung, die die Anmeldepflicht für Ausländer einführt, hätten sich circa 50 000 Ausländer gemeldet. Nicht nur die Gebrüder Barmat seien zu ihm gekommen, sondern die Besucher hätten sich aus allen Ständen zusammengedrängt.

Auf eine Frage, wann Barmat das Datum erteilt wurde, erwiderte der Zeuge v. Pannwitz, das Datum sei ihm nicht bekannt. Der handschriftliche Vermerk des Reichspräsidenten auf dem Telegramm Barmats an Wels sei wahrscheinlich erfolgt, als das Datum schon erteilt war. Es liege ein Brief Barmats an Töpfer vor, in dem Barmat Töpfer seinen Dank für seine Bemühungen ausdrückt. Barmat war schon 1918 in einem amtlichen holländischen Schreiben als Kriegsgewinnler bezeichnet und vor ihm gewarnt worden. Auf Frage des Abg. Dr. Kaufhold (Dnt.) erklärte der Zeuge, Anfang Juli 1919 habe Abg. Heilmann den Minister Müller-Franken um eine Einreisegenehmigung für Judo, Barmat und seine Frau gebeten. Weiter sei das preussische Grenzamt durch den Minister Hermann Müller drücklich angewiesen worden, dem Uebertreten von Sollmann, Barmat, Altmann und Schmidt keine Schwierigkeiten zu bereiten. Auch der Reichskanzler Bauer und der sozialdemokratische Abgeordnete Stücken hätten sich für die Erteilung des Passports eingesetzt.

Der Abg. Kollwitz (Komm.) nannte im preussischen Untersuchungsausschuß die Verhandlungen eine Komödie und weigerte sich nach Ordnungsrufen des Vorsitzenden, der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nachzukommen. Unter den Abgeordneten und Zuhörern entstand große Erregung. Der Vorsitzende ließ darauf den Zuhörerraum und die Bänke der Presse räumen. Er rief dann nach der Parlamentswache. Nach einiger Zeit wurde festgestellt, daß überhaupt keine Parlamentswache im Hause ist. Darauf wurde der als Zeuge einweisende Polizeipräsident Richter um ein Einschreiten gebeten. Richter nahm den Auftrag an und entfernte sich für einige Zeit, um telephonisch Polizei herbeizubekommen. Bald darauf erschienen fünf Schutzpolizisten und führten die drei kommunistischen Ausschußmitglieder hinaus.

Berlin, 13. Febr. In Verfolg der Untersuchung in der Barmat-Affäre-Angelegenheit stieß die Staatsanwaltschaft auch auf Konten des Berliner Justizrats Dr. Werthauer und seiner Sozgen Dr. Engelberg und Dr. Troll. Aus diesen Konten und aus den Aussagen von Kutsker, sowie verschiedener Zeugen ging hervor, daß die genannten Anwältin sich schwer gegen die Geheke zugunsten des Antioferkonzerns verhalten haben. Werthauer und Dr. Engelberg festzunehmen wegen Beihilfe zum Betrug zum Schaden der Preussischen Staatsbank und wegen Beihilfe zum Konfuzer...

Weiter sollen, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, die Ermittlungen neues Material ergeben haben, durch das Polizeipräsident Richter nicht nur der passiven Beamtenbestellung, sondern auch der Begünstigung und anderer Punkte beschuldigt wird, jedoch das Ermittlungsverfahren und die Untersuchung gegen ihn eingestellt wurde.

Zu dem Verfahren gegen Dr. Höfle wird noch berichtet, daß der Vorwurf der Untreue im Amt mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft in dem Haftbefehl gestrichen wurde. Ferner scheint es, daß die Depostens- und Handelsbank den Namen Dr. Höfles fälschlich in ihren Büchern geführt hat. Die bisherigen Ermittlungen in dieser Richtung haben nichts Belastendes gegen Dr. Höfle ergeben.

Der „Voll. Stg.“ zufolge ist Dr. Höfle in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses überführt worden, da festgestellt wurde, daß er an Herzmuskelschwäche leidet.

Neues vom Tage.

Zum Grubenunglück

Dortmund, 13. Febr. Die Bergungsarbeiten gelaufen sich durch die zu Bruch gegangenen Strecken weiterhin schwierig. Bis heute, Freitag, 10 Uhr, waren 121 Tote geborgen.

Berlin, 13. Febr. Anlässlich des Grubenunglücks auf der Zeche „Minister Stein“ in Dortmund, hat die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Rotes Kreuz, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 62, auf dringendes Ersuchen des Regierungspräsidenten in Arnberg, im Einverständnis mit den maßgebenden Behörden eine Hilfsaktion für die notleidenden Hinterbliebenen eingeleitet.

Dr. Luther in Dortmund

Dortmund, 13. Febr. Zum Beluche des Reichsanzlegers Dr. Luther auf der Zeche „Minister Stein“ wird berichtet, daß der Reichsanzleger, der durch seine langjährige Tätigkeit in Eisen mit dem Grubenleben vertraut ist, sich über die Bergungsarbeiten und den Stand der Sicherungsmethoden Bericht erstatten ließ. Der Kanzler drückte den Mitgliedern des Betriebsrates seine Anteilnahme aus und bat sie, dem Hinterbliebenen sein herzlichste Beileid zu übermitteln. Endlich dankte der Reichsanzleger den anwesenden Knappen und zahlreichen Rettungsmannschaften, die zum Teil gerade von den gefährlichen Bergungsarbeiten kamen, für ihre mutige Hilfsbereitschaft und brachte zum Ausdruck, wie hoch er dem kameradschaftlichen Sinn der Bergleute schätze, der sich gerade in der gemeinsamen Not am besten bewähre. Der Reichsanzleger trat in der Nacht noch seine Rückreise nach Berlin an.

Der nächste Mann ...!

Berlin, 13. Febr. Die staatsanwaltliche Untersuchung der Affäre Barmat-Seehandlung hat neues Material ergeben, das die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen den Polizeipräsidenten Richter für notwendig erscheinen ließ. Nach einer Unterredung zwischen dem preussischen Innenminister Seegering und Richter ist eine Beurlaubung mit sofortiger Wirksamkeit genehmigt worden.

Zur Kriegsschuldfrage

Berlin, 12. Febr. Abendblätter melden aus Washington: Der Senatsausschuss für Auswärtige Angelegenheiten hat den Antrag des Senators Owen angenommen, wodurch die Bisherigkeit des Kongresses angewiesen wird, eine unparteiische Zusammenstellung der Veröffentlichungen über die Ursachen des Weltkrieges vorzubereiten.

Hochverratsprozess vor dem sächsischen Senat

Leipzig, 13. Febr. Vor dem sächsischen Senat des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Leipzig begann ein größerer Hochverratsprozess gegen den Gipsarbeiter Georg Ding und sechs Genossen aus Stuttgart. Die Angeklagten werden beschuldigt, Sprengstoffe, Waffen und Munition in ihren Besitz gebracht zu haben, um damit das Leben anderer zu gefährden und gleichzeitig Vorbereitungen zum Sturz der Weimarer Regierung getroffen zu haben. Im November 1923 hat sich Ding durch Einbruch ein Maschinengewehr aus dem Bahnhofsgebäude in Freudenstadt verschafft. Weiter wird ihm zur Last gelegt, große Mengen Pistolen, Gewehre und Munition für die kommunistische Wamba aufzukaufen zu haben und sie zu einem Putsch zu verwenden. Die Angeklagten Wilhelm Lang (Vater und Sohn), Stier, Weil, Hoderer und Wied werden beschuldigt, sich an Waffenschleudungen beteiligt zu haben. Alle Angeklagten streiten die ihnen zur Last gelegten Straftaten ab und geben an, die Waffen für Bekannte aufgekauft zu haben. Zu erregten Auseinandersetzungen kam es in der Donnerstagverhandlung bei der Vernehmung der beiden Zeugen Diener und König, die im Tschelch-Prozess mitangeklagt sind. Von den Verteidigern wurden beide als Spitzel bezeichnet.

Unterstützung Herriots durch die Sozialisten

Paris, 13. Febr. Der Ausschuss des sozialdemokratischen Parteitag in Grenoble hat sich gestern nachmittag über den Wortlaut einer Entschließung geeinigt, in der zuerst festgestellt wird, daß die vom vorjährigen Kongress und vom Nationalrat der Partei festgelegte Taktik schon jetzt zum Teil den erwarteten Erfolg gehabt habe. Es sei dem Komitee Herriot gelungen, eine internationale Befriedung einzuleiten und die soziale Revolution vorzubereiten. Der Parteitag nehme Kenntnis von diesen Ergebnissen und erteile der sozialistischen Kammerfraktion den Auftrag, die Unterstützungspolitik fortzusetzen, jedoch unter der Bedingung, daß eine demokratische und reformerische Tätigkeit der Regierung gefordert werde. Zu diesem Zweck müsse die sozialistische Kammerfraktion den Fortbestand der jetzigen Regierung erstreben. Die sozialistische Partei würde aber gezwungen sein, der Regierung ihre Unterstützung zu entziehen, wenn diese sich in ernstem Widerspruch mit den Ansichten des Parteikongresses setze. Der Kongress wünsche nicht die Unterstützungspolitik abzuschwächen, sondern sie im Gegenteil zu verstärken, um die Wiederkehr einer politischen Sammlung nach rechts zu verhindern.

Deutscher Reichstag

Berlin, 13. Febr.

Präsident Lohde eröffnete die Sitzung am Freitag mit Mitteilung eines Beileidstelegramms des Danziger Volksstaates anlässlich des Dortmunder Grubenunglücks.

Neu eingetreten in den Reichstag ist der Nachfolger Bauers, der Abgeordnete Herz-Magdeburg (Soz.).

Die zweite Lesung des Reichshaushaltsplanes wird beim Reichsarbeitsministerium wiederum fortgesetzt.

Abg. Koch-Düsseldorf (DnL.) begründet einen Antrag, der die Reichsregierung ersucht, bei der Reichsbahnverwaltung dahin zu wirken, daß die weiteren Entlassungen von Arbeitern, insbesondere im besetzten Gebiet unterbleibe.

Abg. Groß (Ztr.) wünscht ferner vorbeugende Maßnahmen, damit die entlassenen Werkstättenarbeiter nicht einfach den Gemeindeverwaltungen zur Last fallen.

Abg. Hoch (Soz.) erklärt, man dürfe in heutigen Zeiten nicht noch dazu übergehen, die Arbeiten der Werkstätten der Privatindustrie zu übertragen. Abg. Hädel (Komm.) fordert volles Mitwirkungsrecht der Erwerbslosen bei den Arbeitsnachweisen.

Es folgt die Besprechung des Reichsverorgungsamt-Kapitels.

Abg. Hoffmann (Soz.) weist auf die Unzulänglichkeit der Versorgung der Kriegsober hin.

Der Etat des Auswärtigen Amtes

Berlin, 13. Febr.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages kam der Etat des Auswärtigen Amtes zur Verhandlung. Reichsaußenminister Dr. Stresemann leitete die Beratungen mit folgenden Ausführungen ein: Wir haben das Auswärtige Amt seit Oktober 1913 um 74 Beamte und um 270 Angestellte verringert. Wir schlagen in dem vorliegenden Etat den weiteren Abbau von annähernd 100 Personen vor. Im Abbau des auswärtigen Dienstes sind wir in der Sorge um unsere Finanzen bereits zu weit gegangen. Wir hatten vor dem Krieg 34 Generalkonsulate und 99 Konsulate. Jetzt haben wir nur noch 29 Generalkonsulate und 34 Konsulate. England unterhält in Deutschland 13 Berufskonsulate, wir in England 2 Die Vereinigten Staaten 13 in Deutschland 11, wir in den Vereinigten Staaten 4. Die politischen Beziehungen zu vielen Ländern fangen jetzt erst an, sich zu entwickeln. Die gesamten Ausgaben des ganzen auswärtigen Dienstes einschließlich der Auswärtigen Amtes betragen zurzeit 43 Millionen Mark. Davon sind 13 Millionen durch eigene Einnahmen gedeckt. Also nicht Abbau, sondern Ausbau des auswärtigen Dienstes muß die Richtung sein, in der wir in den nächsten Jahren marschieren. Die Beamtenschaft des auswärtigen Dienstes, die höhere und mittlere, stehe vor dem Zusammenbrüche. Wir haben unseren Beamten im Ausland unter dem Druck der finanziellen Not die Gehälter rigoros um 10-15 Prozent gekürzt. Die Folge davon ist, daß unsere mittlere Beamtenschaft überall in Not und Verunsicherung geraten ist und daß unsere höheren Beamten die letzten Jahre hindurch nicht die gesellschaftlichen Beziehungen pflegen konnten, ohne die nun einmal der Diplomat seine Politik machen kann.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 12. Febr. Der Landtag begann Donnerstag nachmittag die Beratung des Ministeriums des Innern mit einer Aussprache über die Frage der Wohnungsnot. Gegenüber der Bemänglung, daß kein fester Plan der Regierung vorliege, wies der Minister des Innern Bo 13 darauf hin, was bisher zur Verringerung der Wohnungsnot geschehen sei. Die Wohnungskreditanstalt habe bis 31. Januar 1925, also in den 10 Monaten ihres Bestehens, unterstützt 3200 Wohnungen mit Baudarlehen im Betrag von 8 Millionen, 400 Wohnungen mit Lieferung von Bauholz. Für 580 weitere Wohnungen seien 1,6 Millionen vorgesehen, sobald die Finanzlage des Staates sich gebessert habe. Das ergebe einen Aufwand von 10,5 Millionen für 4240 Wohnungen und sei im Vergleich zu Preußen und Bayern sehr viel. Für 1925 werde man mit den gleichen Ausgaben als Minimum zu rechnen haben. Der Kreditanstalt seien bisher 6,2 Millionen aus Steuern und 3,6 Millionen aus kurzfristigen Darlehen zugeflossen. Es sei aber kaum möglich, für die Kreditanstalt weitere Darlehen zu bekommen. Der Minister ging dann auch auf die Wohnungszwangswirtschaft ein, die man für absehbare Zeit noch nicht entbehren und nur allmählich abbauen könne. Der nächste Abbauschritt werde die Gewerbebetriebe treffen. Rünftig soll auch kein Mieter mehr Schutz genießen, der durch eigenes Verschulden Anlaß zur Kündigung gibt. Der Minister kündigte ferner ein Baualand-Umlagegesetz an, teilte den Wunsch nach Aufhebung des Besoldungsperrgesetzes, betonte, daß es ihm fernliege, bei der erst in Vorbereitung begriffenen Neugestaltung der Gemeinde- und Bezirksordnung das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden anzutasten.

Stuttgart, 13. Febr. Der Landtag leitete die Beratung Wohnungsnot und Wohnungsbauförderung fort. Das Ergebnis der bisherigen Erörterung verdichtete sich zu einem Antrag, den der Abg. Scheff (Dem.), von sozialdemokratischer und Zentrumsseite unterstützt, stellte. Dieser Antrag geht dahin, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Wohnungskreditanstalt ermächtigt wird, schon vor Verabschiedung des Staatshaushaltsplanes für 1925 zu Wohnungsbauten, die im Jahre 1925 begonnen und ausgeführt werden sollen, Darlehen bis zum Gesamtbetrag von 10 Millionen Rentenmark zuzusagen. Soweit auf solche Zusagen Zahlungen zu leisten sind, bevor hinreichende Haushaltsplanmäßige Mittel flüssig werden, hat die Staatsfinanzverwaltung die erforderlichen Deckungsmittel wenn nötig im Wege der Aufnahme von Anleihen gegen späteren Erfolg ihres Aufwandes durch die Wohnungskreditanstalt zu beschaffen. Dieses Gesetz soll dringlich sein. Zu einer Abstimmung über diesen Antrag kam es nicht mehr. Der Minister

des Innern Bo 13 sprach eingehend über die württ. Volkswirtschaft, die in eine Periode gewaltigen Fortschritts eingetreten sei. Der Minister bezeichnete als sein Ziel hierbei, die verschiedenen Gesellschaften zu vereinen und die Eifersüchteleien zwischen ihnen zu beseitigen. Weiter kündigte der Minister an, daß die Gebäubeneinsparungssteuer auf eine andere Grundlage gestellt werden müsse. Man komme nicht daran vorbeizugehen, die Erträge der Mietssteuern zum Teil, etwa bis zur Hälfte, zum Wohnungsbau zu verwenden. Die 100prozentige Friedensmiete sei ja nicht das Ende der Entwicklung, sondern nur eine Etappe und es werde sich nicht vermeiden lassen, zu einer Miete zu kommen, die den heutigen Baukosten eines Hauses entspreche. Der Abg. Ströbele (SP) wünschte eine Ermäßigung der Hundesteuer für das flache Land und der Abg. Stäbler (Komm.) beantragte, für den Wohnungsbau sofort 25 Millionen zur Verfügung zu stellen. Er sprach ferner die Abg. Pflüger (Soz.) und Wiber (SP).

In der Freitag-Nachmittagssitzung sprach Finanzminister Dr. Dehlinger. Er führte aus: Auch die Wohnungsfrage darf nur im Zusammenhang mit dem gesamten Etat behandelt und nicht einzeln herausgenommen werden. Sonst ist geordnete Wirtschaft nicht mehr möglich. 68 Prozent der Staatsausgaben müssen wir für Personalkosten aufbringen und nur 32 Prozent bleiben für sachliche Ausgaben übrig. Es besteht sonst die Gefahr, daß wir sonst die Beamtenschaft nicht mehr voll bezahlen können und zwar höchstens noch 80 Prozent. Wir müssen für 1925 mit einem Staatsbedarf von 124,5 Millionen rechnen, das sind 18 Millionen Mark mehr als im Voranschlag. Dabei sind die Landessteuern aufs äußerste angespannt. Wir sind in der ganzen Staatswirtschaft vom Reich abhängig. Solange der Finanzausgleich nicht geregelt ist, müssen wir Vorsicht walten lassen. In zwei Wochen sehen wir klarer. Jetzt ist alles in der Schwebe und da kann ich zu den Anträgen kein freundliches Gesicht machen. In der Zwischenzeit muß die Wohnungskreditanstalt sich behelfen. Ich kann ihr jetzt nur 3 Millionen kurzfristig zur Verfügung stellen. Damit erreichen wir das gleiche Verhältnis wie in Preußen, das für 1925 47 Millionen zur Verfügung stellt, aber fünfsechsmal größer ist als Württemberg. Borerst kann ich unmöglich mehr als 3 Millionen bewilligen. Ich habe nichts unterlassen, um auf eine günstige Regelung des Finanzausgleichs hinzuwirken. Dem Reichsanzleger habe ich bei seinem Besuch zum Abschied das Stichwort mitgegeben: Finanzausgleich. Er antwortete: Damit geben Sie mir kein Stichwort, sondern einen Stich. Die Abgeordneten lassen außer Acht, daß es sehr schwer ist, Deckungsmittel zu bekommen. Es bleibt nur übrig, Mittel durch Anleihen aufzubringen, aber ich habe wenig Hoffnung, auf den Erfolg einer inneren Anleihe.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 14. Februar 1925.

* Kirchliche Wahlversammlung. Am vorgestrigen Donnerstag Abend sprach im Saal des Gemeindehauses in Verhinderung von Dekan Otto Nagold Verwalter Bauer von Bad-Nöienbach über die Kirchenwahlen und die neue Ordnung der ev. Kirche. Seine Ausführungen waren von höchstem Interesse, da ja Verwalter Bauer seither weltlicher Abgeordneter der Landeskirchenversammlung war. In seiner Einleitung wies er darauf hin, daß seit 1919 keine kirchlichen Wahlen mehr stattgefunden hätten, während wieweit Zeit wiederholt politische Wahlen stattfanden. Bei letzteren sei eine große Wahlmüdigkeit zu verzeichnen gewesen, was bei den am kommenden Sonntag stattfindenden Wahlen nicht sein dürfe. Jedes Mitglied der ev. Kirche müsse seine Pflicht dabei tun, denn die jetzigen Kirchenwahlen seien von größter Bedeutung. Wichtig sei die Landesversammlung, aber auch die Kirchengemeinderatswahl, da der Kirchengemeinderat eine viel größere Bedeutung als früher habe. Durch die neue Ordnung habe die Kirche eine viel größere Freiheit als zuvor, aber auch eine viel größere Verantwortung. Der Redner berichtete dann über die fruchtbarste Tätigkeit, welche die seitherige Landeskirchenversammlung entfaltet hat und betonte die Einmütigkeit und Beschäftigkeit der verschiedenen Richtungen innerhalb derselben. Der geschaffene neue Bau stehe auf einem guten Grund. Er sei möglichst eingerichtet und es sei nun Sache der Kirchenglieder das ihre zu tun. Die Landeskirchenversammlung zählte seither 82 Abgeordnete, der künftige Landeskirchentag weise nur noch 60 auf und zwar 20 geistliche und 40 weltliche, ein Zeichen, wie sehr die ev. Kirche Volkskirche geworden sei. Die Bezirke Sulz, Freudenstadt und Nagold bilden zusammen einen Sprengel, in dem abwechselungsweise weltliche und geistliche Abgeordnete je auf 6 Jahre gewählt würden. Der Bezirk Nagold habe weiterhin einen weltlichen Abgeordneten gehabt und habe nun einen geistlichen zu wählen. Bei der nächsten Wahl stelle einer der anderen zwei Bezirke den kirchlichen Abgeordneten. Wie der Landeskirchentag werde auch der Kirchengemeinderat auf 6 Jahre gewählt. Im Bezirk Nagold sei Dekan Otto, der seither als Vertreter von Stuttgart-Stadt gewählt wurde, für den Bezirk Nagold vorgeschlagen. Diesem Vorschlag sei keiner entgegengestellt worden. Dekan Otto habe bei seiner Sitzung der Landeskirchenversammlung geschildert und habe regen Anteil an ihren Beratungen genommen. Es dürfe ihm deshalb das Vertrauen mit vollem Recht entgegengebracht werden und er könne Dekan Otto herzlich als herzlich zur Wahl empfehlen. Der Redner machte dann noch manche Mitteilungen über die Beratungen der Landeskirchenversammlung, die Kirchenpräsidentenwahl usw., gelegentlich dessen er betonte, daß der Kirchenpräsident Metz voraussichtlich am Dimmelfahrtsfest Nagold einen Besuch abstatten werde, der dem ganzen Bezirk gelte und wozu er heute schon herzlich einlade. Bezüglich des Kirchensteuergesetzes und der Landeskirchensteuer führte er aus, daß letztere wohl da und dort böses Blut

gemacht habe, aber er betonte auch, wie schwierig es bei den gegebenen Grundlagen gewesen sei, die Steuer gerecht zu verteilen. Es werde jetzt eine neue Grundlage geschaffen und man sei bestrebt, die Steuer so gerecht wie möglich zu gestalten. Opfer müßten aber gebracht werden. Diefen stehen die Wohltaten der Kirche gegenüber, das was sie von der Taufe bis zum Grabe seinen Gliedern biete. Es seien 2 1/2 Millionen Mark durch die Landeskirchensteuer zu erheben gewesen und es sei für die Bedürfnisse der Kirche kein Pfennig zu viel erhoben worden. Die Gesamtausgaben haben 8 537 800 Mk. betragen. Der Redner betonte dann, was die kirchliche Neuordnung den Mitgliedern der Kirche an Rechten und Pflichten brachte, wies auf die Aufgaben hin, welche der neue Landeskirchentag zu erledigen habe und die Notwendigkeit, Männer zu wählen, die überzeugt und fest für die Kirche eintreten. Auch an den Kirchengemeinderat würden wesentlich höhere Ansprüche als zuvor gestellt. Der Kirchengemeinderat habe nach § 23 „in Unterstützung des Pfarramts und in Zusammenwirkung mit der freien christlichen Liebestätigkeit zum Aufbau der Gemeinde auf allen ihren Lebensgebieten zu helfen, insbesondere kirchliche Ordnung und christliche Sitte zu wahren, evangelische Jugendarbeit zu fördern und für Pflege der Kranken und Bedürftigen Sorge zu tragen“; ferner nach § 24 „die örtliche Gottesdienstordnung wahrzunehmen, den Haushalt der Kirchengemeinde zu führen. Der Kirchengemeinderat bilde die örtliche Steuervertretung“. Daß geeignete Männer gewählt werden, dürfe allen Kirchengliedern ein großes Anliegen sein. Bei den Wahlen am Sonntag sei deshalb eine lebhafteste Wahlbeteiligung sehr zu wünschen. Stadtpfarrer Hortlacher, welcher die Versammlung eingeleitet hatte, schloß diese mit einem Hinweis auf die Wahlen und die damit zusammenhängenden Fragen, sowie mit dem Dank an den Redner des Abends.

Die kirchlichen Wahlen, welche morgen Sonntag stattfinden, werden diesmal mit Recht mehr als sonst interessiert und eine lebhafteste Beteiligung aufweisen, da der Kirchengemeinderat in der neuen Kirchenordnung eine größere Bedeutung als zuvor hat und am Sonntag gleichzeitig auch der Vertreter zum Landeskirchentag gewählt wird. Der seitherige Kirchengemeinderat in Altensteig ist nicht der Meinung, daß die seitherige Zusammensetzung des Kirchengemeinderats beibehalten werden müsse. Er hat deshalb selbst weitere Vorschläge zur Wahl gemacht und diese und andere, die ihm mitgeteilt wurden, in den Stimmzettel aufgenommen.

Ein Musterstädtchen. Wie ein großes Insekt in den Ringstädter Nachrichten" darzut, hat das Bürgermeistereiamt daselbst i. A. den Schulkindern und Fortbildungsschülern streng verboten nach 7 Uhr abends (von März an nach 8 Uhr, im Sommer 1/2 10 Uhr) auf der Straße sein, sonst für Geldern und Meißer 60 M. Strafe oder 14 Tage Haft.

Württ. Volksbühne in Nagold: Heute abend 6.30 Uhr findet in der Turnhalle in Nagold eine Aufführung von Goethes "Götz von Berlichingen" in der Kayser'schen Bühnenbearbeitung statt. Morgen nachmittag 1/2 2 Uhr bringt die Württ. Volksbühne Gerdt v. Vassenwih's Märchenstück "Peterschens Mondfahrt" zur Aufführung. Das Märchenstück ist das beste Weihnachtsstück für große und kleine Kinder, das in den letzten 10 Jahren auf die Bühne gekommen ist. Es bleibt Märchen und bietet doch dem Auge so viel Sehenswertes, das Groß und Klein auf seine Kosten kommt. Den musikalischen Teil der Aufführung besorgt die Musikvereinigung des Seminars. — Morgen abend 6.30 Uhr beendet die Volksbühne ihr diesmaliges Gastspiel in Nagold mit einer Aufführung von Georg Kaisers neuem Lustspiel "Kolportage". Das Stück fand nach der Aufführung durch das Landestheater in Stuttgart wie in anderen Hauptstädten diesen Herbst eine sehr gute Aufnahme.

Zur Landeskirchenwahl im Bezirk Calw. Aus Calw wird uns geschrieben: Schon am 2. Januar hat sich ein Wahlausschuß der Gruppe 1 (kirchl. Rechtsstehende) in Calw gebildet, der aus Männern verschiedener kirchlicher Kreise und Gliedern des altpietistischen, hahnischen und süddeutschen Gemeinschaftsverbandes besteht und an dessen Spitze ein treuer Kirchenmann und Altpietist, Postamtmanu Mildenberger, getreten ist. Dieser Ausschuß (Namen siehe in der Anzeige) hat den bisherigen Kandidaten, Fabrikant Lank, das Vertrauen einstimmig wiederbeschenkt aus reinlichen Gründen: Blank hat den Bezirk 6 Jahre mit Treue und Sachkenntnis in der Landeskirchensynode vertreten und manches klare und menschenwürdige Wort gesagt, das ihm von der ganzen Gruppe 1 und über sie hinaus gedankt wurde. Blank ist tief durchdrungen von unerflichen Wert unserer evang. Kirche und steht mit ganzem Herzen zu ihr. Blank ist Gemeindeführer mit einem weiten Herzen für die verschiedenartigsten Aufgaben der marktel Gemeindeführer, die wir gerade im Schwarzwald bei einander und aufeinander angewiesen sind. Blank steht aber für sich selbst auf dem Boden der Südd. Vereinigung, die in unserem Bezirk ihren Mittelpunkt und in unserem Kandidaten die einzige Möglichkeit hat, einen Kandidaten in den Landeskirchentag zu entsenden; auch diese aufblühende Bewegung sieht sich als Glied der Kirche und darf und soll ihren Baustein mitbringen, wenn es gilt den Innenaufbau der Kirche zu errichten. Wenn die Mitglieder des Wahlausschusses für Miß. Rang sagen, daß es ihnen Gewissenssache ist, für ihn einzutreten, so haben auch wir unsere wohlverwogenen und aus der Tiefe der Ueberzeugung kommenden Gründe, an unserem vorher aufgestellten Kandidaten festzuhalten; möge es nun den Wählern Gewissenssache sein, die rechte Wahl zu treffen.

Zweierberg, 14. Febr. (Ewidierung) Der gestrige Bericht über die Wählerversammlung am Sonntag leidet insofern an einer Einseitigkeit, als nur das Hervorgehoben wird, was gegen den Kandidaten und seitherigen Abgeordneten Blank gesagt wurde, während er seiner Verteidigung nicht gerecht wird. Derselbe hat zugegeben, daß bei der Süddeutschen Vereinigung Fehler vorgekommen seien, daß aber von der Leitung noch mehr als seither gegen die selben gekämpft werden soll. Er selbst sei durch seine Arbeit in der Landeskirchensynode nicht von der Kirche weg sondern ist recht in dieselbe hineingekommen. In der Abendmahlfrage habe er nur verlangt, daß die Kirche daselbst auch engeren Kreisen, die es wünschen, reiche. Der Ausdruck „er bedauere gegen die Wahrheit des Befehls nichts einzuwenden zu können“ ist weder mir noch Anderen im Gedächtnis. Auch das fehlt dem gestrigen Bericht, daß noch ausdrücklich dazu ermahnt wurde, bei aller eigenen Gesinnungstrenne doch auch diejenige des Gegners zu achten und den Kampf nicht in gegenseitiger Anfeindung sondern in christlicher Liebe zu führen. Dies zur Verichtigung um der christlichen Wahrheit und Liebe willen.

Calw, 13. Febr. Unter dem Vorsitz von Amtsgerichtsrat Höber fand gestern eine Wählerversammlung für den Landeskirchentag statt, in der Missionar Rang über die Aufgaben der Kirche sprach. Der Redner, der als Kandidat für die Landeskirchensynode neben Fabrikant Blank aufgestellt wurde, verbreitete sich über wichtige Aufgaben der Kirche, die tief in das innere Leben eingreifen und die zum inneren Aufbau der Kirche von einschneidender Bedeutung sein werden. Die warmherzigen Ausführungen des Kandidaten, die große Anhänglichkeit und Liebe zur Kirche und aller Kirchengenossen vortraten, erweckten einen sehr guten Eindruck. Mittelschullehrer Beck, der Leiter der hahn'schen Gemeinschaft erörterte die Gründe, warum es zur Auffstellung einer 2. Kandidatur gekommen sei. Es seien innere Beweggründe, die in der Stellung von Blank zur Südd. Vereinigung, zur Liebenzeller Mission und zu Württemberg liegen. Die Südd. Vereinigung habe einen anderen Geist als die Schwaben; es sei etwas Fremdartiges, das nicht für unsere Einstellung zur Kirche passe. Nachdem Anhänger der Kandidatur Blank gesprochen hatten empfahl der Vorsitzende und Beck die Kandidatur von Missionar Rang aufs wärmste.

Oberhaugstett, 11. Febr. Auf Einladung machten die Schüler der Landwirtschaftlichen Winterschule Calw unter Führung des Herrn Dekonominat Hofler und Herrn Oberamtsbaumwart Widmann gestern nachmittag einen Ausflug hierher. Im Gasthaus zur „Sonne“ war Zusammenkunft, der Besuch war sehr zahlreich, besonders auch von nahen Orten. Es wurden von einigen Schülern über folgende Themen Vorträge gehalten: 1. Haberbau, 2. Runkel, 3. Obstbau. Die Aussprache war über Sortenwahl, Düngung, Bekämpfung der Schädlinge, richtige Behandlung, es wurden Fragen und Gegenfragen gestellt und beantwortet, wobei der Humor auch nicht fehlte. Die Unterhaltung war sehr labhaft. Die Feiert wurde abwechselnd durch Gesang und Gedichte verschönert.

Weil, 6. Febr. Zum erstenmal seit 1914 soll „einer die fast 100 Jahre alte Sitte der Feiernachts-Boßspiele wieder aufleben. Am Feiernachtssonntag wird auf dem Marktplatz Goethes "Götz von Berlichingen" gespielt werden. Bei der in Weil, der ehemaligen Reichsstadt tief eingewurzelten Feiernachtsbräuterei werden die 150 Darsteller ein echt vollständiges Schauspiel bieten.

Stuttgart, 13. Febr. (Vom Rathaus.) Der Gemeinderat hat in seiner gestrigen Sitzung die für eine Reihe von Tiefbauarbeiten erforderlichen Mittel genehmigt. Für die Platzbearbeitung eines Schwimmbads in Heslach wurden 30 000 Mark bewilligt.

Der Daimler-Streit ist beendet. In der Versammlung der Siedelfinger Ausgeperrten wurden die von den Gewerkschaften mit der Firma Daimler getroffenen Vereinbarungen beinahe einstimmig angenommen.

Ludwigsburg, 13. Febr. (Entführung?) Die 22 Jahre alte Tochter Elisabeth des Kaufmanns Reinhard Kober in Ludwigsburg wird seit Montag vermißt. Es sind Anzeichen vorhanden, daß das Mädchen entführt worden ist.

Kottweil, 13. Febr. (Brandstiftung.) Das Schwurgericht hat den 24 Jahre alten August Hils von Lauterbach, O.A. Oberndorf wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu 7 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Königsbrunn, 13. Febr. (Ehrenbürger.) Dem Oberbergamt Knapp in Bessersingen wurde in Anerkennung der besonderen Verdienste um die hiesige Gemeinde das Ehrenbürgerrecht der hiesigen Gemeinde verliehen.

Sohenberg, O.A. Ellwangen, 13. Febr. (Brandstiftung.) Gestern früh brach in dem Wohngebäude des verheirateten Mehrgers Anton Rupp Feuer aus, das mit rasender Schwelligkeit auch auf die angebauten Dekonominatbau übergriff und binnen kurzer Zeit das ganze nächst dem hiesigen Postamt gelegene Anwesen in Schutt und Asche verwandelte.

Handel und Verkehr

Ämtliche Berliner Preisliste vom Freitag, 13. Februar

	12. Febr. 12.	12. Febr. 13.	12. Febr. 13.	12. Febr. 13.
Korn 1 Tonne	4,195	4,205	4,195	4,205
London 1 Wd. St.	20,050	20,100	20,040	20,090
Amsterd. 100 Gulden	168,89	169,21	168,87	169,20
Frankf. 100 Franken	21,41	21,47	21,24	21,30
Wien 100 Krone	17,40	17,44	17,35	17,39
Paris 100 Franken	22,51	22,57	22,29	22,35
Schw. 100 Franken	80,87	81,07	80,80	81,00

Börse

Berliner Börse, 13. Febr. Die Börse zeigte heute ein wesentlich freundlicheres Aussehen. Es waren keine feine Verkäufe der Aktienfirmen mehr zu beobachten, welche bisher auf ihre Altmeinnahmen des letzten Verkaufes vornehmlich mühen und man gewinnt den Eindruck, als wenn die Wertsteigerungen zum Ultimo-November bereits sehr weit vorangeschritten seien. Die inländischen Aktienbörse verhielt sich unter Schwankungen, da verlautet, daß auch in dem neuen Kauterungsbefehl der Regierung an eine Umerdeutung inländischen Aktien und neuem Gehalt gehalten werden wird.

Stettiner Börse, 13. Febr. Die Tendenz im vorliegenden Bericht ist ungewissen. Die Wertschwankung kam von westlichen Ausländern abzuweichen, zum Stillstand. Im allgemeinen zeigte sich aber das gleiche Bild der Unruhe wie am Vortage und das Geschäft wickelte sich bei kleinen Umsätzen recht lebhaft ab.

Frankfurter Börse, 13. Febr. Die Börse eröffnete in gefestigter Stimmung. Als günstiger Faktor ist dabei zu betrachten zu werden, daß Material von Belang nicht mehr heranzukommen und daß auch die Spekulation zum Stillstand gekommen ist, was eine allgemeine Beruhigung ausübte.

Getreide

Berliner Preisliste vom 13. Februar. Weizen, märk. 245 bis 250; Roggen, märk. 215-220; Sommergerste 205-210; Wintergerste 215-220; Hafer, märk. 185-190; Mais loco, Berlin 224 der 1000 Kilogramm, Weizenmehl (feinere Marken über Netto bezahlt) 22,5-23; Roggenmehl 22,5-23; Roggenstroh 12,20-12,70; Weizenstroh 12,50-12,70; Hafer 200-210; Weizen 13-14; Klee 19-20; Vicia, Hafer 12,5-14.

Märkte

Mehrpreise. In Oberrod teilten Cöhen 250-300, Rabe 280 bis 300, Rinder und Jungochsen 160-180. In Wülfsdorf Cöhen 500 bis 600, Rabe 240-300, Kalbinnen 270-300, Rinder 250-300, Barren 280-310, Jungerfleisch 110-120 M. pro Stück.

Ämtliches

Vom Oberamtsbezirk Calw. Die Maul- und Klauenseuche ist in Deusingen O.A. Wüblingen ausgebrochen. Vom Oberamtsbezirk Calw wurden in das Beobachtungsgebiet die Gemeinden Dachtel und Gehringen einbezogen. In den 15 km. Umkreis um den Seuchenort fallen vom Oberamtsbezirk Calw die Gemeinden Monakam, Unterhaugstett, Liebenzell, Wüblingen, Simmozheim, Neuhengstett, Althengstett, Ottsheim, Ottenbrom, Hirsau, Altbürg, Alzenberg, Emberg, Javelstein, Sonnenhardt, Feinach, Stammheim, Liebelsberg, Albulach, Oberhaugstett, Holzbrunn, Dedenstrom.

Letzte Nachrichten.

In dem Grubenunglück in Dortmund. W.B. Dortmund, 13. Februar. Bis heute Nachmittag 6 1/2 Uhr waren im ganzen 121 Tote aus dem Schacht der Zeche „Minister Stein“ geborgen. 14 Bergleute werden noch vermißt, sodas sich die Gesamtzahl der Toten auf 135 stellen dürfte.

W.B. Dortmund, 13. Februar. Die Beerdigung der Opfer der Grubenkatastrophe auf Zeche „Minister Stein“ erfolgt am 17. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr.

Zur Wohnungszwangswirtschaft. W.B. Berlin, 13. Februar. Zu den Gerüchten über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft wird dem amtlichen preussischen Pressedienst von zuständiger Seite mitgeteilt, daß von einer Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft zur Zeit nicht die Rede sein könne.

Druck und Verlag der W. Kieker'schen Buchdruckerei, Altensteig für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Ämtliche Bekanntmachungen

Bieh- und Schweinemarkt in Altensteig-Stadt.

Die Abhaltung des am 18. Februar ds. Jt. fälligen Bieh- und Schweinemarktes in Altensteig-Stadt wird unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Rindvieh und Schweine aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen nicht zugeführt werden.
 2. Viehhändler haben tierärztliche, Schweinhändler amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen.
 3. Tiere, für welche die Zeugnisse fehlen, werden un-nachlässiglich zurückgewiesen.
 4. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Austritt durch den beamteten Tierarzt untersucht werden. Vor dieser Untersuchung sowie außerhalb des Marktplatzes ist am Markttage jeder Handel verboten.
 5. Der Markt beginnt vormittags 8 Uhr.
 6. Personen aus verseuchten Orten dürfen den Markt nicht besuchen.
- Nichteinhaltung dieser Vorschriften wird bestraft. Zuwiderhandelnde werden außerdem vom Markt zurückgewiesen.

Nagold, den 12. Februar 1925.
Oberamt: J. A. Dr. Merkt, stv. Amtmann.

In Deusingen Oberamt Wüblingen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. In den 15 km. Umkreis um den Seuchenort fallen vom Oberamtsbezirk Nagold die Gemeinden: Gällingen, Schönbrunn, Esfringen, Wildberg Sulz, Pfrendorf und Emmingen.

Für den 15 km. Umkreis gelten die im Gesellschafts- und Tannenblatt Nr. 255 vom 29. Oktober 1924 veröffentlichten Vorschriften.

Nagold, den 12. Februar 1925.
Oberamt: J. A. Dr. Merkt, stv. Amtmann

Die Maul- und Klauenseuche in Hünfbrunn ist erloschen. Die seiner Zeit angeordneten Schutzmaßnahmen sind mit Wirkung vom 13. Februar 1925 an aufgehoben. Der Bezirk Nagold ist wieder seuchenfrei.

In Huzenbach O.A. Freudenstadt ist ebenfalls die Maul- und Klauenseuche erloschen.

Nagold, den 12. Februar 1924.
Oberamt: J. A. Dr. Merkt, stv. Amtmann.



Evang. Kirchenbezirk Nagold.

Mit der am Sonntag, den 15. Februar d. J., vorzunehmenden Neuwahl des Kirchengemeinderats wird auf Anordnung des Kirchenpräsidenten

die Wahl eines Abgeordneten zum Landeskirchentag

verbunden. Der Kirchenbezirk Nagold hat für die nächsten 6 Jahre einen geistlichen Abgeordneten zu wählen. Wahlberechtigt sind alle über 25 Jahre alten, im wirklichen Genusse des Stimmrechts stehenden Kirchengemeindeglieder. Die Wahl wird durch Abgabe eines blauen Stimmzettels vollzogen.

Die Kirchengemeindeglieder werden zu reger Beteiligung an der Wahl aufgefordert.

Die Ortswahlausschüsse haben die Niederschrift über die Wahl umgehend hierher einzusenden.

Nagold, den 5. Februar 1925.

Der Vorsitzende des Bezirkswahlausschusses:
Stadtpfarrer Dr. Schairer.

Aufruf zur Wahl für den Landeskirchentag.

Am 15. Februar findet die Wahl zum Landeskirchentag statt. Unser Bezirk hat für die nächsten 6 Jahre einen geistlichen Abgeordneten zu wählen.

Für diese Wahl ist vorgeschlagen:

Herr Dekan Otto in Nagold

welcher in dankenswerter Weise diesen Vorschlag angenommen hat.

Herr Dekan war schon bisher Abgeordneter der Landeskirchenversammlung und hat als solcher an allen kirchlichen Gesetzen und Fragen eifrig mitgearbeitet, es steht ihm somit auf diesem Gebiete eine reiche Erfahrung und große Sachkenntnis zur Verfügung.

In seiner Person haben wir für dieses wichtige und bedeutsame Amt den richtigen Mann gefunden, der im ganzen Bezirk bekannt und hoch geschätzt ist.

Es ergeht daher an alle Wähler des Bezirks der Aufruf, am 15. Februar ihre Stimmen Herrn Dekan Otto zu geben und sich an der Wahl recht zahlreich zu beteiligen.

Der Wahlausschuß.

Neuwahlen zum Kirchengemeinderat.

Durch Entschliebung des Kirchenpräsidenten sind die Wahlen zum Landeskirchentag und zum Kirchengemeinderat festgesetzt auf

Sonntag, den 15. Februar 1925.

Bei der Wahl zum Kirchengemeinderat sind sämtliche Mitglieder desselben diesmal neu zu wählen und zwar auf die Dauer von sechs Jahren. Auch die Ortsvorsteher werden nur auf dem Weg der Wahl Mitglieder des Kirchengemeinderats. Die Kirchenpfleger und die Pfarrer gehören dem Kirchengemeinderat von Amtswegen, also ohne Wahl, an.

Wahlberechtigt sind die Kirchengemeindeglieder, die das 25. Lebensjahr am Tag der Wahl vollendet haben und bei denen keines der Hindernisse von § 16 der Ev. Kirchengemeindeordnung vom 16. Dez. 1924 vorliegt.

Wählbar in den Kirchengemeinderat sind die im Genusse des Wahlrechts stehenden Kirchengemeindeglieder. Die Wähler haben bei der Wahl ihr Augenmerk auf Gemeindeglieder von gutem Ruf und bewährtem kirchlichen Sinn zu richten (§ 17 Abs. 2 der Ev. K. G. O.).

Die gewählten Kirchengemeinderäte werden im Hauptgottesdienst in ihr Amt eingeführt. Dabei werden die wiederholt Gewählten auf die frühere Verpflichtung hingewiesen; die erstmals Gewählten haben vor der Gemeinde das Amtsgelübde abzulegen, indem sie auf die Frage des Vorsitzenden: „Geloben Sie vor Gott, des Ihnen befohlenen Dienstes mit Sorgfalt und Treue in Uebereinstimmung mit dem evangelischen Bekenntnis und gemäß den kirchlichen Ordnungen zu warten u. gewissenhaft darauf zu achten, daß alles ehrlich und ordentlich in der Gemeinde zugehe zu deren Auferbauung?“ — Dem Vorsitzenden die Hand reichen mit den Worten: „Ich gelobe es.“ (§ 21 der Ev. K. G. O.)

Bei der erhöhten Bedeutung, welche die Kirchengemeinderäte durch die neue Ordnung bekommen haben, werden die Kirchengemeindeglieder zu zahlreicher Beteiligung an der Wahl eingeladen.

Nagold, den 5. Februar 1925.

Evang. Dekanatsamt
110.

Bezirk 10 Jtr. Speise-

Futterkartoffeln

sucht zu kaufen

Otto Luz, Gerber.

Altensteig.

Suche für sofort oder später einen tüchtigen

Möbelschreiner

sowie

1 Tagelöhner

Emil Sätzer.

Telephon Nr. 75.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag Segagesimä, 15. Febr. vorm. 10 Uhr Predigt über Luk. 9, 51-57 Vom rechten Geist in der Kirche. Lied 268, 240. Nach dem Gottesdienst bis nachmittags 4 Uhr Wahl in der Kirche und im Gemeindehaus. Kein Kindergottesdienst. Keine Christenlehre.

Am Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde im Luthersaal.

Methodistengemeinde.

Sonntag, 15. Februar vorm. 10 Uhr Predigt, vorm. 11 Uhr Sonntagsschule, abends 8 Uhr Predigt.

Dienstagabends 8 Uhr Jünger- und Jungfrauenverein.

Mittwoch abends 8 Uhr Gebetsversammlung.

Wahl zum Landeskirchentag im Bezirk Calw.

Wir richten hiermit an alle wahlberechtigten Kirchengenossen in Stadt und Bezirk die Bitte, am nächsten Sonntag, den 15. Februar, ihre Stimme dem bewährten seitherigen Abgeordneten, Herrn Fabrikant

Johannes Blank

zu geben.

Herr Blank ist ein treues Glied unserer evangelischen Landeskirche. Seine ganze Vergangenheit beweist dies. Er wird auch in Zukunft ohne Engherzigkeit die Belange aller Kirchengenossen, sowohl der rein kirchlich gerichteten, als auch der Gemeinschaftsleute, gewissenhaft und mit Freimut vertreten. Seine bisherige Tätigkeit in der Landeskirchenversammlung ist uns sichere Gewähr dafür.

Herr Blank ist uns auch kein Fremder, man kennt ihn in Stadt und Land. In Calw ist er einer der angesehensten Bürger. In vollem Maße vereinigt er in sich die für einen Abgeordneten zum Landeskirchentag erforderlichen Gaben. Im Blick auf das, was er bisher geleistet hat, erachten wir es als ein Gebot der Dankbarkeit, ihm von neuem unser Vertrauen zu schenken.

Neuerst wichtige Fragen hinsichtlich des inneren Ausbaus unserer evangelischen Landeskirche harren ihrer Lösung. Ehrenpflicht aller Wähler und Wählerinnen ist es deshalb, ihr Wahlrecht auszuüben.

Es ist uns Herzenssache, alle wahlberechtigten Kirchengenossen dringend aufzufordern, am nächsten Sonntag entschlossenen Sinnes Herrn Blank wieder zu wählen.

Der Wahlausschuß:

Postamtmann Wildenberger, Calw. Wachtmeister Broß, Calw. Hausvater Ougeler, Stammheim. Pfarrer Kieser, Zwerenberg. Stadtpfarrer Lang, Calw. Pfarrverweser Meyer, Holzbrunn. Eisenbahnsekretär Schaidle, Lebenzell. Pfarrer Schmid, Altburg. Kirchenpfleger Spambalg, Calw. Landwirt Christian Bentisch, Kohlerstal. Direktor Bügel, Calw.

Altensteig.

Bekanntmachung betr. die Wahl zum Landeskirchentag und Kirchengemeinderat.

am Sonntag, den 15. Februar 1925.

Die Wahlhandlung beginnt nach Schluß des Vormittagsgottesdienstes und wird nachmittags um 4 Uhr geschlossen. Es sind zwei Abstimmungsbezirke gebildet, der eine mit dem Wahlraum in der Kirche für die Kirchengenossen links der Nagold, der andere mit dem Wahlraum im großen Saal des Gemeindehauses für die Kirchengenossen rechts der Nagold. Wer also bei der Reichstagswahl im Rathaus gewählt hat, wählt bei der kirchlichen Wahl in der Kirche, wer dagegen bei der Reichstagswahl im unteren Schulhaus gewählt hat, wählt bei der kirchlichen Wahl im Gemeindehaus.

Gewählt werden

1. für den Landeskirchentag 1 geistlicher Abgeordneter,
2. für den Kirchengemeinderat 9 Mitglieder.

Jeder Wähler hat seinen Stimmzettel verdeckt oder zusammengefallen in die Wahlurne zu legen und zwar den für die Wahl zum Landeskirchentag und den für die Wahl zum Kirchengemeinderat bestimmten Wahlzettel je gesondert in die dafür vorgesehene Wahlurne.

Stimmzettel liegen im Wahlraum auf.

Ev. Stadtpfarramt:
Dorlachstr.



U.S.V.

Sängerlust Altensteig.

Generalversammlung

Sonntag, den 22. 2., nachmittags 8 Uhr. Vollzähliges Erscheinen erwartet

der Ausschuß.

Zur Konfirmation u. Kommunion

Kleiderstoffe in schwarz, weiss und farbig

Samte

Seidenstoffe

Reinhold K... Altensteig